

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie  
Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsbereich Politik und Geschlechterverhältnisse

### **Wahlprüfstein für die Kommunalwahl am 14.03.2021**

Dieser geschlechterpolitische Wahlprüfstein wurde im Rahmen eines Projektstudiums von Studierenden an der Universität Marburg erarbeitet.

Es antwortet Renate Bastian, Listenplatz 1 und Oberbürgermeisterkandidatin der Marburger Linken.

#### **Zum Einstieg würden wir gerne von Ihnen wissen:**

##### **1. Wie stehen Sie zu Gleichstellungspolitik?**

Die Marburger Linke sieht die Gleichberechtigung aller Geschlechter als wichtiges Ziel. Zwar ist die Gleichheit von Frauen\* und Männern\* gesetzlich verankert. In der Realität bleibt diese aber hinter diesem Anspruch weit zurück. Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit, schlechtere Chancen im Beruf, die alleinige Last der häuslichen Tätigkeiten sind leider immer noch die Regel.

Seit Jahren setzt sich die Marburger LINKE bspw. für eine Genderbudgetierung ein. Der kommunale Haushalt und alle Vorlagen der Stadtverwaltung wären damit dahingehend zu prüfen, welche Auswirkungen sie auf die Lebenswirklichkeit von Frauen\* und Männern\* haben. Leider wurde dieses Ziel bisher nicht umgesetzt.

Die Marburger Linke fordert

- eine Frauenquote von 50 Prozent in allen kommunalen Gremien,
- die quotierte Besetzung von Führungspositionen der Verwaltung und der städtischen Beteiligungsgesellschaften;
- die Aufwertung der überwiegend von Frauen\* ausgeübten Tätigkeiten wie z. B. Reinigungsbereich, Pflege oder Kinderbetreuung;
- Ausreichende Finanzmittel für Vereine und Institutionen, die Fraueninteressen vertreten, insbesondere Schutz von Frauen\* und LSBTIQ\* vor Gewalt, wie Frauenhaus oder Frauennotruf u.a.;
- die zügige Umsetzung des Konzepts „Dialog und Vielfalt“ für die Gleichberechtigung queeren Lebens.

#### **Jugendpolitik und Freizeitgestaltung**

Im Marburger Jugendbericht 2019 wird angegeben, dass 87% der insgesamt 23 Träger, die Jungen- und Mädchenarbeit anbieten, sich einer hohen Nachfrage dieser Angebote erfreuen. Allerdings befindet sich Jungen- und Mädchenarbeit trotz der hohen Nachfrage nicht unter den TOP 10 der häufigsten Angebote.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Magistrat der Universitätsstadt Marburg (2020): Marburger Jugendbericht 2019 - Perspektiven auf die aktuelle Situation der in Marburg lebenden jungen Menschen zwischen 14 und 21 Jahren, S. 121.

## 2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass es mehr geschlechtersensible Kinder- und Jugendarbeit in Marburg gibt?

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wird auch in Marburg zu wenig wertgeschätzt und ist entsprechend mangelhaft ausgestattet. Drei Probleme zeigen sich insbesondere in Hinblick auf Gendersensibilität. Erstens orientieren sich geschlechterspezifische Angebote häufig an tradierten Rollenbildern. Beispielsweise beinhalten Mädchenspezifische Angebote die Themen Reiten, Nähen und Wellness. Das einzige jungenspezifische Angebot ist sehr abenteuerlastig ausgestaltet. Zudem sind bspw. die Medienkurse im Haus der Jugend mehr von Jungen\* als von Mädchen\* besucht. Zweitens gibt es einen erschreckenden Fortbildungsrückstand im pädagogischen Personal. So werden sexistische Äußerungen zu wenig zurückgewiesen und tradierte Rollenmuster vorgelebt: („Wir brauchen noch Väter zum Grillen.“, „Welche Mama näht unsere Handtücher?“ oder „Drei Jungs bitte zum Stühletragen“). Drittens gibt es kaum Konzepte, wie Kinder- und Jugendarbeit jenseits der Zweigeschlechtlichkeit aussehen kann. So gibt es z.B. kaum ein Angebot an genderneutralen Toiletten. Insgesamt müssen wir feststellen, dass vor allem der Personalmangel und damit Zeit- und Geldnot eine dahingehende Sensibilisierung verhindern. Die Marburger Linke setzt sich daher ein für

- eine Aufstockung und Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsbereich, eine Ausweitung der Schulsozialarbeit sowie die Förderung kultureller und gendersensibler Angebote für Kinder und Jugendliche,
- die vermehrte Fortbildung des pädagogischen Personals in Gendersensibilität und diskriminierungsfreier Pädagogik sowie die Garantie entsprechender Fortbildungen bei freien Trägern mit besonderem Fokus auf queere Kinder/Jugendliche,
- das Aufbrechen überholter Geschlechterrollen durch (tlw. geschlechtsspezifische) berufsorientierende Angebote, mehr als nur Girls‘ and Boys‘ Day,
- die Quotierung von Teilnahmeplätzen z.B. in Medien- und Technikkursen, evtl. auch ergänzend geschlechtsexklusive Angebote,
- Angebote genderneutraler Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden.

## 3. Wie möchten Sie (in Bezug auf Jugendpolitik und Freizeitgestaltung) auf die besonderen Bedürfnisse und die Mehrfachdiskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderung reagieren? Wie möchten Sie geschlechtersensible und inklusive Angebote schaffen?

Die Marburger Linke hat in den letzten Jahren verschiedene Projekte unterstützt, die sich mit diesem Thema befassen. Etwa die Studie der Evangelischen Hochschule Darmstadt 2018/19 zu den Erlebnis- und Sichtweisen von Frauen und Mädchen mit Lernschwierigkeiten sowie von gehörlosen Frauen und Mädchen. Viele der dort gemachten Vorschläge finden sich auch im 2. Teilhabebericht zur Situation von Menschen mit Beeinträchtigungen in Marburg. Ein Schwerpunkt liegt auf der spezifischen Situation von Frauen und Mädchen. Beim nun anstehenden Aktionsplan zu seiner Umsetzung werden wir ganz besonders diese Dinge im Auge behalten und auf Verbesserungen drängen. Das bedeutet u. a., dass die Betroffenen als Expertinnen in eigener Sache in allen entsprechenden Gremien (im

Behindertenbeirat, in der Gleichstellungskommission, bei der Sozialplanung, bei der Bürger\*innenbeteiligung usw.) zu Wort kommen müssen, dass geschlechtsspezifische Barrieren erkannt, benannt und abgebaut werden, dass (Bildungs-)Angebote inklusiv sein sollen. Inklusion bedeutet, dass alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Menschen mit Beeinträchtigungen haben oft eine zu geringe Lobby. Sie brauchen Anerkennung, aber auch Raum für Entfaltung, der durch Unterstützung geschaffen werden kann. Die Marburger Linke fordert:

- Voraussetzungen schaffen für inklusive Beschulung und Teilhabeassistenz;
- Themen- und Angebotsvielfalt;
- weitestgehende Öffnung aller Angebote und Kennzeichnung solcher Angebote, die sich für Frauen\* und Mädchen\* mit Behinderungen anbieten;
- Einbeziehung des Kinder- und Jugendparlaments sowie des Behindertenbeirats bei der Ausgestaltung von Angeboten.

### Care-Arbeit

Der Gender Care Gap zeigt (laut BMFSFJ), dass Frauen im gesellschaftlichen Durchschnitt täglich 52,4% mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit verwenden als Männer.<sup>2</sup> Dazu gehört die Pflege und Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen. „9 von 10 Alleinerziehenden sind weiblich“, sagt Georg Thiel, Präsident des Statistischen Bundesamtes.<sup>3</sup>

#### 4. In der Corona-Krise wurde die prekäre Lebenssituation von Alleinerziehenden besonders deutlich. Die Kinderbetreuung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Wie wollen Sie alleinerziehende Frauen dahingehend in Zukunft unterstützen?

Etwa 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Mütter. Die Armutsgefährdung für diesen Personenkreis ist sehr hoch. Es ist zu befürchten, dass die Corona-Krise mehr Alleinerziehende in die Armut treibt. Auch die Probleme im home-office stellen sich verstärkt, weil oft die Wohnverhältnisse beengter sind oder die technische Ausrüstung unzureichend sind, z. B. wenn auch durch home-schooling mehrere Geräte benötigt werden. Die Marburger Linke fordert ein Sozialprogramm für Menschen mit weniger finanziellen Mitteln, die durch die Corona-Krise von Armut bedroht sind. Darunter muss auch Unterstützung in der Kinderbetreuung fallen. Darüber hinaus fordern wir einen qualitativen und quantitativen Ausbau der Einrichtungen für die Kinderbetreuung

- Generell mehr Kinderbetreuung, dann gibt es auch weniger Konkurrenz
- Günstige Mieten
- Rechtliche Unterstützung bei Unterhaltsunterschlagung

Im Familienpflegegesetz ist festgelegt, dass Erwerbstätige im Fall eines ihrer Pflege bedürftigen Angehörigen ihre Arbeitszeit für max. 2 Jahre auf 75% reduzieren und

---

<sup>2</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): Gender Care Gap - ein Indikator für die Gleichstellung. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap--ein-indikator-fuer-die-gleichstellung/137294#:~:text=Der%20Gender%20Care%20Gap%20betr%C3%A4gt,f%C3%BCr%20unbezahlte%20Sorgearbeit%20als%20M%C3%A4nner.&text=So%20leisten%20M%C3%A4nner%20pro%20Tag,vier%20Stunden%20und%2013%20Minuten> (Letzter Zugriff 21.01.2021).

<sup>3</sup> Thiel, Georg (2018): Pressekonferenz "Alleinerziehende in Deutschland 2017". Statistisches Bundesamt, S.12.

anschließend wieder Vollzeit arbeiten können. Dies ist eine Entlastung und ein Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es besteht trotz dessen kein Rechtsanspruch auf eine Familienpflegezeit und somit keine Sicherheit für die Erwerbstätigen, in solch einer Situation weiterhin ohne Komplikationen fest im Berufsleben zu stehen.<sup>4</sup>

## 5. Wie kann die Stadt Marburg z.B. durch Hilfsangebote die Situation von pflegenden Arbeitnehmer\*innen verbessern?

Die häusliche Pflege wird nahezu vollkommen durch Frauen gesichert. Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege wird zu einer immer größeren familiären und gesellschaftlichen Herausforderung. Deshalb müssen Lösungen für sensible Arbeitszeiten - Arbeitszeitreduzierungen oder Freistellungen - auch auf betrieblicher Ebene gefunden und im Rahmen von Vereinbarungen finanziell geregelt werden. Hierin besteht auch eine Aufgabe für die Stadt als Arbeitgeberin, über die gesetzlichen Regelungen hinauszugehen.

### **Politische Beteiligung**

In der Legislaturperiode von 2016-2021 sind Frauen in der Marburger Stadtverordnetenversammlung nur zu 36% vertreten.<sup>5</sup> Im Bundestag sind es aktuell sogar nur 30,9 %.<sup>6</sup> In beiden Fällen ist ein Rückgang im Vergleich zur vorherigen Legislaturperiode zu beobachten.

## 6. Wie wollen Sie mehr Mädchen und Frauen für Politik begeistern?

Die Marburger Linke steht hinter dem Ziel, mehr Frauen\* für die Politik zu gewinnen. Dazu braucht es

- eine\*n Stadtverordnetenvorsteher\*in, der/die sexistische Beiträge sanktioniert;
- eine Quotierung für Ausschussvorsitzende;
- listenübergreifende informelle Strukturen für den Austausch von Frauen\* in der Politik;
- Umsetzung der Anträge vom KiJuPa, um junge Frauen nicht vorzeitig zu entmutigen;
- freundliche und konstruktive Kommunikationskultur innerhalb politischer Organisationen pflegen, in der Konflikte offen angesprochen und geklärt werden können;
- rhetorische und organisatorische Förderung von Mädchen und jungen Frauen in Schule, Jugendarbeit und Universität;
- Digitalisierung, denn diese fördert nachweislich die Teilnahme von Frauen an Veranstaltungen;

---

<sup>4</sup> Universitätsstadt Marburg (o.J.): Erwerbsleben.

<https://www.marburg.de/portal/seiten/erwerbsleben-900000415-23001.html?rubrik=900000066> (Letzter Zugriff 21.01.2020).

<sup>5</sup> Magistrat der Universitätsstadt Marburg (2019): Besetzung der Gremien der Universitätsstadt Marburg, S. 3.

<sup>6</sup> Bundeszentrale für politische Bildung (2017): Frauenanteil im deutschen Bundestag.

<https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49418/frauenanteil-im-deutschen-bundestag> (Letzter Zugriff 21.01.2021).

- entsprechende Entschädigung für das Ehrenamt, um finanzielle Sorgen abzufedern und Ressourcen für Kinderbetreuung und andere Care-Aufgaben freizuschaukeln.
7. Am 15.07.2016 beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit der Beschlussvorlage VO/4941/2016 einige Maßnahmen, um Eltern besser in die Kommunalpolitik einzubinden.<sup>7</sup> Welche Möglichkeiten sehen Sie, auch Menschen mit Familienverpflichtungen die Teilnahme an Sitzungen der kommunalen Mandatsträger\*innen, sowie Dialog-Veranstaltungen für Bürger\*innen, zu ermöglichen?

Nichts von diesem Beschluss wurde umgesetzt. Seit der von Ihnen zitierten Vorlage hat sich rein gar nichts in der Marburger Kommunalpolitik verändert. Die acht Stadtverordneten der Marburger LINKEN weisen trotz dieser Widrigkeiten eine hohe Elternquote auf: All unsere Stadtverordneten haben Kinder. Drei unserer acht Stadtverordneten haben aktuell schulpflichtige bzw. KiTa-Kinder, darunter zwei Frauen. Um mehr Eltern in die Politik zu bekommen, braucht es

- Veränderte Sitzungszeiten;
  - Mehr digitale Sitzungen oder zumindest die Möglichkeit, digital dabei zu sein
  - Zusätzliche personelle Unterstützung für Eltern innerhalb politischer Strukturen, um die Zeitnot abzumildern und bei Anfragen/Anträgen zu unterstützen;
  - Kinderbetreuung während Sitzungen oder Refinanzierung von Kinderbetreuung (zu fairen Preisen);
  - Politische Kultur, in der Kinder auch in Sitzungen/Veranstaltungen mitgenommen werden können;
  - Einbezug von Kindern und Jugendliche in Entscheidungsprozesse (Eltern in einem Raum, Kinder in einem anderen), z.B. bei Dialog-Veranstaltungen;
  - Grundsätzlich Wahlfreiheit zwischen a) Kind mitnehmen, b) Kind in organisierte Betreuung geben oder c) eigene Betreuung refinanzieren lassen. Gegenwärtig werden ehrenamtlich Tätigen tatsächlich entstandene und nachgewiesene Kinderbetreuungskosten bis zum Betrag von 12,00 € pro Stunde laut Entschädigungssatzung erstattet.
  - Höhere Entschädigung für Ehrenämter, um finanzielle Sorgen abzufedern und Ressourcen für Kinderbetreuung und andere Care-Aufgaben freizuschaukeln;
  - Allgemein familienfreundliche Kommunalpolitik: Wenn es Familien besser geht, machen sie auch mehr mit.
8. Was tut Ihre Partei oder Liste konkret, um mehr Frauen an der Politik zu beteiligen? (z.B. quotierte Liste, Mentoring Programme etc.?)

Die Wahllisten der Marburger Linken sind vor allem bei den aussichtsreichen Plätzen immer quotiert, wir haben eine weibliche Kandidatin für das Amt der

---

<sup>7</sup> Neuwöhner; Seitz (2016): Vorlage - VO/4941/2016.

<https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=13864#searchword> (Letzter Zugriff 21.01.2021).

Oberbürgermeisterin, eine Kreisvorsitzende sowie eine Spitzenkandidatin für den Landkreis. Die Beteiligung von Frauen\* bemisst sich aber nicht nur an ihrer Anzahl. In der aktuellen Wahlperiode haben sich zwei Mitglieder als Mentorinnen im Programm „Frauen in die Politik“ engagiert. Fünf weibliche Mitglieder/Interessentinnen haben als Mentees daran teilgenommen. Wir achten zunehmend darauf, dass Frauen\* bei Veranstaltungen nicht nur als Teilnehmende, sondern auch als Redner\*innen auftreten. Die Marburger Linke plant ein ständiges Treffen von jungen Frauen, die sich für linke (Kommunal-)Politik interessieren.

### **Stadtgestaltung**

Für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben nicht alle Menschen die gleichen Voraussetzungen – ein Ansatzpunkt kann hierfür die Stadtentwicklung sein. Hier können Angsträume vermieden und sichere Begegnungsorte geschaffen werden, um allen Bürger\*innen ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Im Jahr 2017 gaben 31,8% der Frauen an, sich in ihrer Wohnumgebung nicht sicher zu fühlen, bei Männern waren es nur 10,6%.<sup>8</sup>

9. Planen Sie der LGBTQI\*-szene mehr Rückzugs- und Entfaltungsorte zu bieten? Wenn ja, wie?

- Selbstverständlich. Die Stadt soll entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.
- Grundlage hierfür, sind die von der ‚Szene‘ selbst genannten Bedarfe.
- Hierfür muss das Konzept „Dialog und Vielfalt“ umgesetzt werden.

10. Wie stellen Sie sicher, dass diese spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen, hinsichtlich der Vermeidung von Angsträumen, bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung berücksichtigt werden – zum Beispiel in neu erschlossenen Wohngebieten, wie aktuell „am Hasenkopf“?

In den entsprechenden Beteiligungsverfahren und Bürger\*innenforen sollen die Ansprüche von Frauen und Mädchen an die Gestaltung des öffentlichen Raums formuliert werden und in die Planung einfließen. In den vielfältigen workshops ist dieses Thema am Hasenkopf angesprochen worden.

### **Geschlechterspezifische Gewalt**

Die Zahl der Fälle häuslicher Gewalt, der überwiegend Frauen ausgesetzt sind, ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Jede dritte Frau in Deutschland erfährt mindestens einmal in ihrem Leben physische oder sexualisierte Gewalt.<sup>9</sup>

11. Das von der EU geförderte Projekt „Marburg ohne Partnergewalt“ kämpft gegen häusliche Gewalt in Marburg. Doch die Unterstützung

---

<sup>8</sup> Bundeskriminalamt (2017): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017, V 1.2, S. 48, Abb. 24.

<sup>9</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Häusliche Gewalt – Frauen vor Gewalt schützen. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/haeusliche-gewalt/haeusliche-gewalt/80642> (Letzter Zugriff 21.01.2021).

der EU läuft im September 2021 aus. Würden Sie die Arbeit, die aktuell über das Projekt geleistet wird, fortführen wollen? Wenn ja, wie wollen Sie dafür sorgen, dass das (neue) Projekt weiterhin Ressourcen hat?

- Dem Stadtparlament sollte ein Bericht vorgelegt werden, auf dessen Grundlage die Fortführung des Programms beschlossen wird.
- Zur gleichen Zeit etwa endet auch der **2. Marburger Aktionsplan Europäische Charta für Gleichstellung lokal**, der durch die jeweils federführenden Fachdienste umgesetzt werden soll. Es war vorgesehen, dass das Gleichberechtigungsreferat Ende 2020 einen Zwischenbericht über den Umsetzungsstand vorlegt. Die Ergebnisse und Wirkungen des Zweiten Marburger Aktionsplans EU-Charta sollen Ende 2021 ausgewertet und dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Auf dieser Grundlage soll der ab 2022 folgende Aktionsplan erarbeitet werden.

12. In Marburg gibt es einige Hilfs- und Beratungsangebote in Bezug auf geschlechterspezifische Gewalt. Zum Beispiel den Frauennotruf, das Frauenhaus vom Frauen helfen Frauen e.V. oder Wildwasser Marburg. Doch viele Projekte und Vereine dieser Art sind unterfinanziert: Welche Angebote würden Sie finanziell mehr unterstützen? Wie möchten Sie dafür sorgen, dass dauerhaft ausreichend Angebote vorhanden sind?

Die genannten Einrichtungen sollten im Rahmen von Haushaltsberatungen entsprechende Anträge stellen. Die Marburger Linke hat in der Vergangenheit den Kontakt zu den Einrichtungen gesucht, ihre Forderungen immer aufgegriffen und in die Beratungen eingebracht. Gerade gegenwärtig zeigt sich, dass die Einrichtung zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt stark unter Raum- und Geldmangel leiden. Die Marburger Linke setzt sich dafür ein, dass die Hilfs- und Beratungseinrichtungen stärker von Seiten der Stadt gefördert werden.

Zum Schluss noch ein paar Fragen zu Ihrer Person und Partei:

- Ihr Name? Renate Bastian
- Alter 76 Jahre
- Geschlecht? weiblich
- Beruf Journalistin
- Parteizugehörigkeit? Die LINKE
- Ihr Listenplatz? 1
- Wie viele Menschen kandidieren auf Ihrer Liste? 71

Die Marburger LINKE ist keine Partei, sondern eine Bündnisliste.

- Wie viele davon sind...
  - o Frauen? 31
  - o Unter 30?

Diese Daten erheben wir nicht. Daher können wir dazu keine Angaben machen. Wir freuen uns aber über jedes einzelne Mitglied, dass sich mit

- 8 -

seiner spezifischen Perspektive in die Politik einmischt, ob als sehbehinderter Angestellter, WoC oder Trans\*mann. Sicher haben Sie Verständnis dafür, dass wir die einzelnen Personen nicht ohne ihr Einverständnis ‚outen‘.

- Menschen mit Behinderung?
  - People of Colour?
  - LGBTQI\*?
- Möchten Sie uns noch etwas anderes über Sie persönlich erzählen?

**Vielen Dank für Ihre Teilnahme! 😊**

***Bitte bis zum 01.03.2021 zurücksenden an :  
Annette.Henninger@staff.uni-marburg.de***